

Federf. Stadtamt: Organisations- und Personalamt

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Haupt- und Finanzausschuss	BM Roland	01.04.2011	
Rat	BM Roland	07.04.2011	

öffentliche Sitzung

Betrifft:
Stellenplan 2011

Begründung:
(ggf. zusätzlich)

A. Vorbemerkungen

1. Ausgangslage

Auf den massiven Stellenabbau von insgesamt über 300 Stellen im Zeitraum 1993 bis 2007 folgte in den Jahren 2008 bis 2010 ein Stellenzuwachs von rd. 35 Stellen; dieser war weitestgehend fremdbestimmt und resultierte im Wesentlichen aus Stelleneinrichtungen für

- die Übernahme von 4 katholischen Kindergärten
- die Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes
- die Arbeitszeitreduzierung bei der Feuerwehr

Der vorliegende Stellenplanentwurf weist nun erstmals seit 3 Jahren wieder einen leichten Stellenrückgang von 1,2 Stellen aus; dies trotz zusätzlicher Stelleneinrichtungen für die Übernahme eines weiteren Kindergartens (s. Buchstabe F).

Mitzeichnungen					
Bürgermeister:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerer:	Beigeordneter	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:
_____	_____	_____	_____	_____	_____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Bereits jetzt ist absehbar, dass durch das unterjährige Ausscheiden von Beschäftigten weitere kw-Vermerke in 2011 realisiert und damit weitere Stellen abgebaut werden können.

2. Umsetzung des Sozial- und Erziehungstarifvertrags

Am 01.11.2009 ist der Tarifvertrag für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst in Kraft getreten. Die Beschäftigten werden seitdem sog. „S-Entgeltgruppen“ zugeordnet. Die Überleitung der Beschäftigten in die S-Entgeltgruppen ist im Laufe des vergangenen Jahres - rückwirkend zum 01.11.2009 - erfolgt. Das als Anlage 1 beigefügte Tabellenwerk enthält demzufolge nunmehr neben der Darstellung der Planstellen nach Besoldungsgruppen und Entgeltgruppen auch eine Aufstellung nach S-Entgeltgruppen.

B. Finanzielles Ergebnis des Stellenplanentwurfs 2011

Der Stellenplanentwurf 2011 weist im Saldo einen (geringfügigen) strukturellen, finanziellen Mehraufwand von **32.600 €** jährlich aus, der sich wie folgt zusammensetzt:

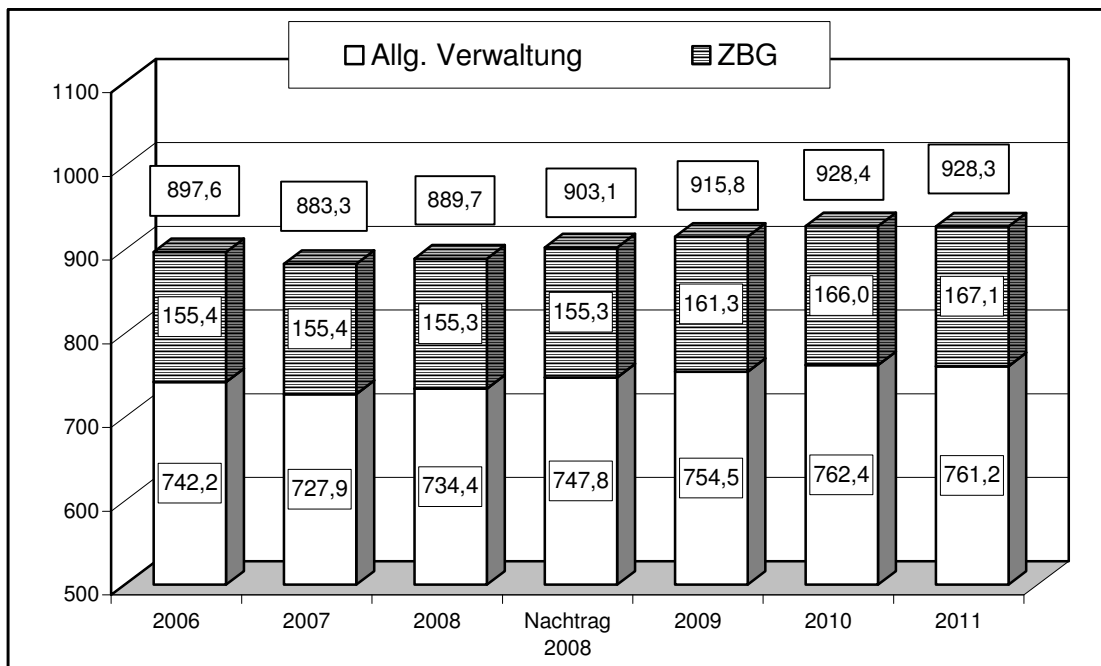
- | | |
|--|-------------|
| • Einsparungen durch Stellenabbau: | - 255.500 € |
| • Mehraufwand durch Stellenumwandlungen | + 30.350 € |
| • Mehraufwand durch Stelleneinrichtungen | +257.750 € |

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse in den Jahren 2008 – 2010 mit Mehraufwendungen zwischen rd. 500 Tsd. € und 1 Mio. € fällt das Ergebnis zum Stellenplan 2011 vergleichsweise positiv aus.

C. Entwicklung des Stellenvolumens

Wie bereits ausgeführt, ist nach dem vorliegenden Stellenplanentwurf eine Verringerung der Gesamtstellenzahl um 1,2 Stellen von 762,4 Stellen in 2010 auf 761,2 Stellen in 2011 festzustellen. Der Stellenabbau resultiert im Saldo aus der Einrichtung von 3,8 neuen Planstellen abzüglich 1,0 Stellenstreichungen sowie 3,0 realisierter kw-Vermerke und zwei zur Hälfte eingesparter Stellen.

Die Stellenentwicklungen seit der Umstellung auf die Vollzeitverrechnung im Jahr 2006 verdeutlicht die nachfolgende Grafik:



D. Stelleneinsparungen

Neben dem - unter Ziffer C genannten - sofort realisierbaren Stellenabbau von 1,0 Stellen sieht der Stellenplanentwurf zusätzlich die Streichung von 4,5 weiteren Stellen vor, die zur Zeit noch nicht umgesetzt werden können, da die Stellen noch besetzt sind. Die insgesamt vorgeschlagenen Einsparmaßnahmen (s. Anlage 2a) resultieren aus

- einer beabsichtigten Anpassung des Personalbestandes nach Neuorganisation der Aufgabenverteilung aufgrund sinkender Fallzahlen im Ordnungsamt, u.a. auch unter Berücksichtigung der „GPA-Ergebnisse“¹.
- einer Verlagerung von Aufgaben des Ermittlungsdienstes. Bereits seit September 2007 erfolgen Ermittlungen für die Vestische Arbeit (jetzt: Jobcenter) zentral durch den Kreis Recklinghausen. Zusätzlich werden Kfz-Stillsetzungen seit Januar 2011 durch den Kreis Recklinghausen mit eigenem Personal vorgenommen.
- einer Anpassung der Personalausstattung an den tatsächlichen Bedarf (Hauswarte Übergangsheime; Sporthallenwarte).

¹ Überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt von Oktober 2009 bis Februar 2010

E. Stellenumwandlungen

Die im Stellenplanentwurf enthaltenen Stellenumwandlungen (siehe Anlage 2b) begründen sich wie folgt:

- 9,8 Stellen Übertragung höherwertiger Tätigkeiten
- 1,0 Stellen Benachteiligungsverbot nach dem Landespersonalvertretungsgesetz
- 4,0 Stellen Anbringung von ku-Vermerken nach Neubewertung
- 1,0 Stellen niedrigere Stellenausweisung nach Neubesetzung der Stelle und Anpassung an die Dienstverteilung
- 7,0 Stellen wertgleiche Umwandlungen

F. Stelleneinrichtungen

Während zum Stellenplan 2010 noch die Einrichtung von rd. 14 zusätzlichen Stellen² erforderlich war, belaufen sich die geplanten Stelleneinrichtungen in diesem Jahr auf insgesamt nur 3,8 Stellen zuzüglich der Aufhebung eines kw-Vermerks (s. Anlage 2c). Hierzu ist Folgendes zu erläutern:

1. Übernahme des Kindergartens „Schneckenhaus“

Der Jugendhilfeausschuss hat bereits in seiner Sitzung am 14.09.2010 die Verwaltung beauftragt, vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zum Stellenplan 2011, alle Voraussetzungen für die Übernahme und Weiterführung der „Minikita Schneckenhaus“ zu schaffen. Mit der Übernahme der Einrichtung soll das Angebot an U3-Plätzen weiter ausgebaut werden. Für die Weiterführung als KiBiz-Einrichtung werden insgesamt 2,5 Planstellen benötigt.

Rein rechnerisch sind dies bereits $\frac{2}{3}$ der insgesamt vorgesehenen Stelleneinrichtungen zum Stellenplan 2011.

² u.a. für KiBiz, Feuerwehr, Übernahme katholischer Kindergärten

2. Luftreinhalteplanung / Lärminderung

Der für die Stadt Gladbeck verbindliche Luftreinhalteplan Ruhrgebiet Nord ist seit August 2008 rechtskräftig. Zur Umsetzung der in dem Plan genannten Maßnahmen wurde eine – zunächst bis Juli 2011 befristete – Stelle im Umfang von 30 Wochenstunden eingerichtet. In der Stelle werden gleichzeitig Aufgaben im Bereich der „Lärminderung“ durchgeführt und koordiniert.

Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen ergeben sich auch für die Zukunft Daueraufgaben, die von der Stadt Gladbeck wahrzunehmen sind. Zur Sicherstellung des gesetzlichen Auftrags ist die dauerhafte Einrichtung der Planstelle in einem Umfang von 30 Wochenstunden erforderlich.

3. Stundenerhöhung im Bereich der Schuldner-/Insolvenzberatung

Die Schuldner- und Insolvenzberatung umfasst nach dem Stellenplan 1,5 Planstellen. Die Arbeitszeit der Teilzeitkraft wurde aufgrund steigender Fallzahlen seit Ende 2008 befristet erhöht auf zunächst 28 Wochenstunden, dann 35 Wochenstunden und seit Ende 2010 auf 39 Wochenstunden. Zur ordnungsgemäßen Aufgabenwahrnehmung ist eine dauerhafte Aufstockung der Teilzeitstelle auf eine Vollzeitstelle notwendig.

Unter Berücksichtigung der Landesförderung für die Insolvenzberatung und der Abrechnung mit dem Kreis Recklinghausen für Beratungen von Hilfeempfängerinnen und –empfängern können rd. 35% der Personalkosten für 2 Vollzeitstellen refinanziert werden.

4. Aufhebung eines kw-Vermerks im Amt für Jugend und Familie

Die Maßnahme wurde auf Anregung des Personalrates in den Stellenplanelntwurf 2011 aufgenommen (siehe auch Ziffer G).

Zutreffend ist, dass durch die sukzessive Übernahme von 4 Kindergärten der katholischen Kirche zuzüglich der aktuell vorgesehenen Übernahme des „Schneckenhauses“ der Verwaltungsaufwand im Amt für Jugend und Familie erheblich gestiegen ist. Die Aufhebung des kw-Vermerks verbunden mit einer Umverteilung der Verwaltungsaufgaben, auch unter Berücksichtigung gestiegener Fallzahlen im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe, ist aus Sicht der Verwaltung gerechtfertigt.

G. Beteiligung des Personalrates

Der Personalrat hat zum Stellenplanentwurf der Verwaltung mit Schreiben vom 28.02.2011 Stellung genommen (s. Anlage 3).

Neben der bereits erwähnten Aufhebung des kw-Vermerks an der Planstelle 180 im Amt für Jugend und Familie ist zu den übrigen Vorschlägen und Hinweisen des Personalrats Folgendes anzumerken:

- **Stellenumwandlungen bei der Feuerwehr von A 8 nach A 9 mD**

Der Personalrat regt die Einführung einer zusätzlichen Funktion „Gerätewart vom Dienst“ an, die nach Besoldungsgruppe A 9 mD ausgewiesen und in jeder der 3 Wachabteilungen einmal vorgehalten wird. Bei der Feuerwehr wird zur Zeit in einer Stelle die Funktion „Sachbearbeiter Atemschutz“ – ausgewiesen nach A 9mD - wahrgenommen, die inhaltlich zumindest teilweise mit der vom Personalrat vorgeschlagenen Funktion vergleichbar ist.

Die Verwaltung schlägt vor, die vorhandene Funktion um die vom Personalrat genannten Aufgaben zu ergänzen und diese künftig nicht nur einmal, sondern in jeder Wachabteilung vorzuhalten. Im Ergebnis führt diese Maßnahme zu 2 Stellenumwandlungen von A 8 nach A 9 mD. Die Umwandlungen sind in dem Stellenplanentwurf der Verwaltung bereits enthalten.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Beamtenstellen der Stadt Gladbeck zur Zeit auf der Grundlage des aktuellen KGSt³ Gutachtens neu bewertet werden. Ausgenommen davon sind die Feuerwehrbeamten, für die ein eigens entwickeltes Bewertungsmodell existiert.

- **Einsparungen im Bereich des Ordnungsamtes**

Die Einsparungen wurden vom Fachamt unter Berücksichtigung der Entwicklungen in den vergangenen Jahren vorgeschlagen. Rückläufige Fallzahlen und Aufgabenverlagerungen führen zu den genannten Einsparpotentialen. Eine Realisierung der Maßnahmen wird erst nach Erarbeitung einer entsprechend angepassten Dienstverteilung erfolgen.

³ Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement

Zu der geplanten Reduzierung des Ermittlungsdienstes von 6 auf 5 Stellen ist anzumerken, dass das tatsächliche Einsparpotential durch Aufgabenverlagerungen vom Fachamt auf 1,25 Stellen geschätzt wird. Auch unter Berücksichtigung der aktuellen Überlegungen die Bekämpfung von Schwarzarbeit im Kreis Recklinghausen zu intensivieren, ist eine weitergehende Einbindung des Ermittlungsdienstes in dieses Thema möglich.

- **Einsparungen von 2 Hauswartstellen**

Nach Aussage des Fachamtes können die derzeit noch vorhandenen Übergangsheime von einem Hauswart gemeinsam betreut werden. Hierbei handelt es sich um Einsparungen, die voraussichtlich mittelfristig mit dem Ausscheiden von 2 Hauswarten in den nächsten Jahren zu realisieren sind.

- **Einsparung eines Sporthallenwartes**

Die Verwaltung erarbeitet zur Zeit eine Dienstplangestaltung, die nicht mehr auf 7 sondern 6 Sporthallenwarte abgestellt ist. Vor dem in Kraft treten der Dienstpläne wird selbstverständlich das Beteiligungsverfahren des Personalrates nach dem Landespersonalvertretungsgesetz durchgeführt.

- **Einrichtung von 2,5 Stellen für die Übernahme des Kindergartens „Schneckenhaus“**

Die 2,5 Planstellen ergeben sich aus einer aktuellen Berechnung unter Berücksichtigung der Gruppenform und der Betreuungszeiten. Die Berechnung liegt dem Personalrat zwischenzeitlich vor.

- **Personalverstärkung im Bereich Pflegekinder- und Adoptionswesen / Jugendgerichtshilfe**

In diesem Fall ist noch eine nähere Überprüfung der Situation erforderlich. Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Verwaltung sich dem Vorschlag des Personalrates nicht anschließen. Die vorgeschlagene Stelleneinrichtung ist aus diesem Grund nicht in dem Stellenplanentwurf 2011 enthalten. Sollte die weitere Analyse den vom Personalrat gesehenen Bedarf bestätigen, könnte zunächst über eine befristete Arbeitszeiterhöhung/Personalaufstockung der Bedarf gedeckt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen: zur Verfügung nicht zur Verfügung

Beschlussentwurf:

Der Stellenplan 2011 wird entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Tabellenwerk beschlossen.

Der Bürgermeister

Ulrich Roland

In der Sitzung des

☒ _____-Ausschusses

☒ Rates

☒ Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: